

# Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebskündigungen begründen keinen Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.



Einige älteste und geleseneste Zeitung  
von Laurahütte-Siemianowiz  
mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen.  
Die achteckige Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtsige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen.  
Bei gerichtl. Beitrreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen.

Geschäftsstelle: Siemianowice (Ślaskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2  
Fernsprecher Nr. 501

Nr. 173

Dienstag, den 8. November 1927

Fernsprecher Nr. 501

45. Jahrgang

## Die französischen Radikalen gehen nach links

D. D. Paris, Anfang November.

Noch geschehen Zeichen und Wunder.  
Dass die radikale Partei auf ihrem soeben beendeten Kongress eine tiefe Verbeugung nach links machen werde: niemand zweifelt daran, der die Linksbewegung im Lande kennt und weiß, dass Frankreich vor den Wahlen steht.

Darum war auch niemand neugierig auf den Kongress, dessen Schablone man nun schon seit Jahren kennt: Eine sehr ehrenwerte, sehr energische, sehr radikale Prinzipienverklärung — und die Durchführung überlassen einem Präsidenten und einer Leitung von alten Parlamentsopportunisten, die ganz vorzüglich links defamieren und rechts handeln können.

Wie ganz anders aber verlief der diesmalige Kongress! Die parlamentarische Fraktion der Radikalen, die bis auf ein ganz kleines Häuflein Herrriot geholt sind und zu Poincaré's Majorität gehören, war diesmal ratlos und hilfloser. Herriot selbst ist abgespielt, abgetan, ja durch einen jüngsten Protektionskandal sogar unmöglich geworden. Caillaux, Herriotics wildster Gegner, der schon zweimal versagt hat, ist natürlich zum dritten Mal ebenfalls unmöglich. Die zweitranigen Opportunisten aber hatten zu viel Angst vor einem Misserfolg, und wagten daher nicht auf die Führerchaft zu aspirieren. So kam Herr Daladier ans Ziel; fast ohne Gegenkandidaten, wurde er zum Präsidenten und Führer der Partei gewählt.

Überraschung im großen Publikum; Verblüffung bei der Reaktion. Wut bei den Loups um Herrriot und Poincaré.

Wadum? Ist etwa Herr Daladier der leibhaftige Gottscheine oder ein blindwilliger Draufgänger, von dem die alten Bonzen der radikalen Partei die Zerrümmerung ihrer Partei erwarten?

Nichts von alledem. Wer Herrn Daladier kennt, weiß, dass dieser noch verhältnismäßig junger Mann, zu Beginn der vierzig, schon viermal Minister gewesen und sehr vernünftig, sehr ruhig, sehr überlegt ist; ein klarer Kopf, der zum Unterschied von der Mehrzahl seiner Parteigenossen weiß, was er will, und auch Energie genug hat, es durchzuführen.

Woher nun die Wut gegen ihn? Herr Daladier hat es gewagt, seit dem Eintritt der Radikalen in die Majorität Poincaré's, konsequent gegen diese Majorität und gegen das Kabinett Poincaré zu stimmen. Schon galt er mit den zehn oder fünfzehn andern, die das gleiche taten, als verlorener Schaf. Und nun wird gerade dieser Mann zum Präsidenten und Führer der Partei gewählt! Allerdings nur mit 420 von 768 Stimmen, also mit keiner überwältigenden Majorität, aber das ändert doch nichts an der Tatsache, dass Herr Daladier und sein kleines Häuflein jetzt die Führer der Radikalen sind.

Wie das kann? Durch eine richtige Parbirevolution. Die Partei hat sich gegen ihre Abgeordneten empört. Die Parlamentarier haben fast ausnahmslos gegen Daladier nicht nur gestimmt, sondern auch weidlich gegen ihn intrigiert. Herriot wurde ins Feuer gehobt, und sogar auch Poincaré, der erklärt haben soll, dass die Wahl Daladiers einer Kriegserklärung an das jähige Kabinett gleichkomme. Alle möglichen Mittelchen wurden versucht, man erzählte am Kongress nach der Wahl Daladiers, dass Poincaré sofort demissionieren, und eine finanzielle Katastrophe sei unvermeidlich. Aber die Provinzdelegierten, also die eigentliche Partei, ließen sich nicht schrecken und stimmten alleamt für Daladier.

So wurde es dann klar, dass Herr Daladier die Unterstützung der Bürgerradikalen im Lande repräsentiert — und natürlich beeilte sich eine ganze Reihe von Herriotisten ihm sofort zu huldigen, mit Rücksicht auf die kommenden Wahlen.

Dass Herr Daladier seine Partei mit Energie nach links steuern, und damit die Wahlkompromisse, mit der sozialistischen Partei erledigen wird, ist zweifellos. Ob er aber auch das innere Gefüge seiner Partei wird ändern können, ist eine andre Frage. Mit seinem jetzigen Abgeordnetenkollegen ist das undurchführbar; muss er doch schon ihnen zuschreiben, dass das „Experiment Poincaré“ bis zu den Wahlen weitergeführt werde. Die Radikalen wollen eben beides haben: bis zur Wahl die Vorzüglichkeit der Regierung und bei der Wahl die der Opposition.

Will aber Herr Daladier im nächsten Parlament eine Partei, die geeignet ist, das radikale Programm durchzuführen und den Forderungen der Kleinbürger, die sie vertreten, Rechnung zu tragen, dann muss er dafür Sorge tragen, dass die große Mehrzahl der jetzigen Abgeordneten seiner Partei umgetauscht werde.

Die Stimmung im Lande — der Kongress hat es bewiesen — ist dafür. Dort will man nicht mit die Loslösung der Radikalen vom großen Finanzmacht, sondern verlangt ihre energische Bekämpfung, sowie dass endlich ein Anfang gemacht werde mit den allerdringlichsten sozialen Reformen.

Freilich, verstanden haben dies die Gewählten der Kleinbürger immer. Sobald sie aber im Parlament drinnen saßen, vergaßen sie ihre Versprechen und nahmen Dienste beim Großkapital und bei der Reaktion. Fast alle heutigen Kämpfen der Reaktion kommen aus dem Lager der Radikalen. Dass sich dies nicht wiederhole, dazu würde es einer Kraftanstrengung bedürfen, deren weder Herr Daladier noch die Partei in ihrem heutigen Zustand fähig seien.

## Blutige Sowjetdemonstrationen in Berlin

### Ausschreitungen der Kommunisten — Dreisacher Selbstmord

Berlin. Die Kommunisten, sowie der Note-Frontkämpfer, bund veranstalteten am Sonntag nachmittags aus Anlass des 10-jährigen Bestehens der Sowjetrepublik eine Demonstration im Lustgarten. Die kommunistischen Redner wiesen auf die Bedrohung Sowjets hin. Beim Anmarsch eines Zusanges aus Schöneberg war es in der Volkstraße zu einem Zusammenstoß mit der Polizei gekommen, da die Kommunisten beleidigende Lieder sangen. Die Polizei musste schließlich mit Hilfe des Gummiwappels die Ordnung wieder herstellen. Zwei Demonstranten trugen dabei leichtere Verletzungen davon, zwei andere, darunter eine Frau, wurden wegen Bekleidung der Polizei festgestellt.

Berlin. Sonntag nachmittags um 15.30 Uhr kam es bei der Rückkehr einer kommunistischen Abteilung von der Kundgebung im Lustgarten am Oranienplatz zu schweren Zusammenstößen. Als Beamte der Schutzpolizei zur Festnahme eines Demonstranten schreiten wollten, wurden sie von den Kommunisten umringt, die mit Fahnenstangen und Stöcken auf die Beamten einschlugen. Dabei wurden einige Schupobeamte mehr oder minder schwer verletzt. Der kommandierende Hauptmann wurde von einer großen Menge in den Eingang eines Kaufhauses gedrängt und schwer misshandelt. Sein Tschako nies mehrere Messerstiche auf. Ein Polizeibeamter gab einen Schuß in die Luft ab, worauf es gelang, die Menge zu zerstreuen.

Eine Stunde später kam es in der Gegend der Martinistraße zu einem Zusammenstoß zwischen demonstriierenden Kommunisten und Anhängern der S. P. D. Nach dem Polizeibericht verübten Kommunisten die Kundgebung der S. P. D.-Anhänger zu stören. Die Polizei griff ein, wurde aber von den Kommunisten angegriffen und ein Polizeibeamter musste von seiner Waffe Gebrauch machen. Dabei wurde ein 20jähriger Communist durch einen Streifschuß verletzt.

### Dreisacher Selbstmord junger Kommunisten

Berlin. Wie die Blätter berichten, spielte sich am Sonntag in Köpenick eine blutige Tragödie ab. Drei junge Leute, von denen einer bei der russischen Handelsdelegation tätig ist, schossen sich in der Wohnung des einen mit einem Revolver in die Schläfe. Einer war sofort tot, während die beiden anderen in hoffnungslosem Zustand ins Krankenhaus überführt wurden. Das Motiv der Tat konnte noch nicht festgestellt werden, sie dürfte jedoch in Beziehung zu der politischen Betätigung der drei jungen Leute stehen, die Mitglieder der kommunistischen Partei waren und noch gestern an der Demonstration im Lustgarten teilgenommen hatten. Neben der Mordekommission beschäftigt sich auch die politische Polizei mit der Auflösung der Platten.

## Bolens Verhandlungsbereitschaft

### Vizepremier Dr. Bartel über die Handelsvertragsverhandlungen

Warschau. Vizeministerpräsident Dr. Barthel gab Sonnabend abends vor Vertretern der Warschauer Presse, die seiner Einladung in das Ministerratssässum zu einer Besprechung gefolgt waren, im Namen der polnischen Regierung folgende Erklärung über die Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen ab:

„Die polnische Regierung erklärt, besteht von dem guten Willen und dem Wunsch, normale Handelsbeziehungen mit Deutschland herzustellen und geleitet von den wohlverstandenen beiderseitigen wirtschaftlichen Interessen, ihre Bereitwilligkeit, mit Deutschland einen Handelsvertrag abzuschließen, der auf den üblichen Grundlagen der europäischen Handelsabkommen aufgebaut ist. Die polnische Regierung kann nicht erhöhen und erhebt auch nicht gegenüber dem Deutschen Reich besondere wirtschaftliche Forderungen, die von der allgemein anerkannten Norm westeuropäischer Handelsverträge, von den Beschlüssen der Internationalen Wirtschaftskonferenz in Genf, sowie

des landwirtschaftlichen Kongresses in Rom abweichen. Die polnische Regierung ist der Auffassung, dass der Abschluss eines normalen Handelsvertrages mit Deutschland umso eher möglich ist, als die Schwierigkeiten, die sich aus der Frage der Niederlassung ergeben, auf dem Wege beiderseitiger Verständigung grundsätzlich beseitigt worden sind.“

Nach der Verlesung dieser Erklärung gaben Minister Dr. Bartel und Handelsminister Dr. Kowalewski, der der Konferenz bewohnte, Antwort auf verschiedene Fragen der Journalisten. Unter anderem erklärten die Minister, die größten Hindernisse einer Verständigung mit Deutschland bildeten die Kohle- und Veterinärfrage. Die Erledigung der Zollfrage sei vor allem von der Lösung dieser beiden Punkte abhängig. Die Minister berührten dann auch noch die Frage der Zolltarifisierung und stellten fest, dass die Ausarbeitung eines neuen Zolltarifes noch genügend Zeit in Anspruch nehmen werde.

### Die Aufnahme der französischen Antwortnote in Amerika

Paris. Nach Meldungen aus New York über die Aufnahme der letzten französischen Antwortnote in der Frage der Zolltarife sieht das amerikanische Staatsdepartement die französischen Vorschläge in ihrer Gesamtheit nicht als eine Grundlage für die kommenden Verhandlungen an. In Washington soll jedoch der Eindruck bestehen, dass sich eine völligige Verständigung bald erzielen lassen werde. Die amerikanische Antwortnote dürfte bereits Anfang der nächsten Woche in Paris überreicht werden. Wie es heißt, wird darin die amerikanische Regierung nähere Aufklärung über die Dokumente vorlangen, die der amerikanischen Tarifkommission zu unterbreiten seien, damit diese die Gestaltungskosten der französischen Industrie feststellen kann. Außerdem wird in der Note noch näherer Aufschluss über das provisorische Regime verlangt werden, dem bis zum Abschluss der Verhandlungen die amerikanische Einfuhr unterworfen werden soll.

### Ungarisch-jugoslawische Abkommen

Belgrad. Die zwischen Ungarn und Jugoslawien seit vier Wochen andauernden Verhandlungen zur Regelung der wirtschaftlichen und finanziellen Fragen aus dem Trianon sind jetzt zu Ende geführt worden. Es ist ein Vereinbarung über alle finanziellen und Kreditfragen zustande gekommen, die zwischen den Staatsbürgern beider Länder schwanken, sowie über die gerichtliche Behandlung solcher Fragen, und der Steuerprobleme. Gerüchten zufolge soll diesen Vereinbarungen eine Vereinbarung von großer Bedeutung folgen, die das gemeinsame Auftreten der beiden Agrarstaaten Ungarn und Südlawien auf den mittelosteuropäischen Märkten verzweigt.



Gesandter Birk

### 13 Millionen Einwohner in der Türkei

Berlin. Nach einer Morgenblättermeldung aus Ankara beläuft sich die Einwohnerzahl für die ganze Türkei, ausgenommen Stambul, nach der letzten Volkszählung auf etwas über 12 Millionen. Die Bevölkerung von Stambul wird auf 800 000 bis 1 Million geschätzt. Ankara zählt 74 784 Einwohner.

